

Und plötzlich ist Weihnachten

Dokumentation: Wie die AWO um ihre Verwaltung kam und die Moerser Politiker und Stadtverwaltung vom Umzug des Kreisverbands überrascht wurden.

Information für Mitglieder und Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt im Kreisverband Wesel e.V.

Moers ist Geschichte, jedenfalls, was den Sitz der Verwaltung angeht. Die AWO ist nicht gerne gegangen und auch nicht schnell. Das Herz der AWO und seiner Leute hängt schon irgendwie an dem weißen Haus neben dem alten Rheinkemper Rathaus. Hier war früher der Bürgermeister der Gemeinde untergebracht.

Seit 18 Jahren ist das Haus unser Verwaltungssitz. Wir haben gerne in dem historischen Gebäude gearbeitet und wollten hier eigentlich nie weg. Dass wir jetzt zum Umzug gezwungen worden sind, hat auch mit dem Erfolg unserer Arbeit zu tun. Zehn zusätzliche Kollegen sind in den letzten Jahren zur AWO-Verwaltung gekommen. Auch sie brauchen vernünftige Arbeitsplätze. Für sie Platz zu schaffen, schien uns aber kein unlösbares Problem zu sein. Rings herum gibt es ja genug Flächen für Erweiterungsbauten – dachten wir uns in aller Naivität. Schließlich dürfte mit dem guten Willen der Nachbarn – Evonik Industries und Stadt Moers – das Platzproblem zu lösen sein.

Die erste kalte Dusche kam von Evonik, dem Essener Industrie-Unternehmen. Da waren unsere Erweiterungspläne noch in den berühmten Kinderschuhen. Auf eine Anfrage vom 25. Juni 2009 teilte Evonik uns am 9. September kurz und knapp mit: „...nach eingehender technischer Prüfung müssen wir Ihnen bedauerlicherweise mitteilen, dass wir der Eintragung einer Baulast auf unserem Grundstück nicht zustimmen können.“ Man könne „eine Beeinträchtigung unserer Wohnung nicht“ ausschließen. Gemeint ist vermutlich das Wohnungseigentum auf dem angrenzenden Grundstück.

Andererseits: rund um das weiße Haus ist Platz genug. Deshalb sind auch andere Varianten durchgespielt worden. Es gab Vorgespräche mit den Fach-

ämtern der Stadtverwaltung, die alle ihre Wünsche äußerten (Brandschutzgutachten, Vermessungen) und am Ende kam von Martin Höschen (Bauordnungsamt) die Mitteilung, der Bau sei genehmigungsfähig. Anregungen aus dem Gestaltungsbeirat wurden berücksichtigt, die Planungen überarbeitet und auch die Denkmalschützer wurden im September 2010 informiert. Von Ablehnung keine Spur.

Um genau zu sein: Im April 2010 gab es bei uns erste konkrete Überlegungen, wie viel Raum für die zusätzlichen zehn Mitarbeiter benötigt wird. Im Mai 2010 wurde dann schon konkreter nachgedacht und geplant. Und mit dem Ergebnis haben wir am 4. Mai 2010 im Bauordnungsamt der Stadt Moers (von der Stadt waren die Herren Röthig und Höschen sowie Frau Christobal dabei) das Gespräch gesucht. Es ist schließlich einfacher, noch im Vorfeld der Überlegungen Probleme zu erkennen und zu beseitigen als sie größer werden zu lassen. So wollten wir wissen: wo können wir auf dem Grundstück bauen und welche Vorschriften der Bauordnung sind zu beachten. Am Ende der Gespräche waren sich alle einig, dass der Erweiterungsbau an der Rheinberger Straße errichtet werden könnte. Dabei dürfte allerdings die Bauflucht des alten Rathauses nicht überschritten werden. Gleichzeitig wurden wir seitens der Stadt darauf aufmerksam gemacht, dass bei einem Anbau auch für den jetzt bestehenden Altbau sowie den Neubau ein Brandschutzkonzept vorgelegt und realisiert werden müsste. Wir wussten also – glaubten wir jedenfalls – wohin der Hase läuft.

Und so gingen wir frohen Mutes an die Planung. Von Juni bis August 2010 wurden Entwürfe gemacht und verworfen, umgeplant und als dann alles bis ins Letzte geplant war, kamen die Fachleute für Tragwerksplanung, Brandschutz und Vermessung ins



Bernd Scheid, Geschäftsführer des AWO Kreisverband, vor der alten Geschäftsstelle (rechts).



Blick auf das „Ensemble“ an der Rheinberger Straße.



Der Knackpunkt: ein Streifen Land von 3,16 Meter Breite.



Die neue Geschäftsstelle des AWO Kreisverband Wesel e.V. in Rheinberg

Boot. Und auch die Untere Denkmalbehörde wurde informiert (Herr Böhning).

Anfang September 2010 besuchte die Architektin der AWO während der Sprechstunden im Bauordnungsamt die Herren Höschen und Röthig, stellten das Gebäude (Kubatur) vor und zeigten, wo wir gerne bauen würden. Die beiden Stadtmitarbeiter hatten nichts zu bemängeln, wiesen aber vorsorglich darauf hin, dass wir das Einverständnis des Eigentümers des alten Rathauses (Bergamt) brauchten und der Eigentümer eine Baulast beim Grundbuchamt eintragen lassen müsste. Immerhin würden wir mit dem geplanten Bau der Grundstücksgrenze nahe kommen, nicht sehr nahe, aber näher als die Vorschriften erlauben. Wobei Grundstücksgrenze und Gebäude zwei Paar Schuhe sind. Selbst bei einem Neubau wäre immer noch reichlich Platz zwischen beiden Bauten.

So gingen wir dann voller Optimismus ins neue Jahr

Dann begann die Feinarbeit, Bauzeichnungen für die Genehmigungsbehörde wurden erstellt und nochmal überarbeitet, um auch die neuesten Erkenntnisse aus dem Brandschutzgutachten mit einzubeziehen. So gingen wir dann voller Optimismus ins neue Jahr, nicht wissend, dass statt Sekt noch nicht mal Selters kommen würde.

Am 27. Januar 2011 dann – also nach Monaten der Verhandlung und großer finanzieller Vorleistungen – die Rolle rückwärts seitens der Verwaltung. Rolf Heber teilte der AWO völlig überraschend mit, der Bau sei nicht genehmigungsfähig. Bernd Scheid schrieb daraufhin einen Brandbrief an den städtischen Baudezernenten Günter Wusthoff und bat um einen dringenden

Termin. Gleichzeitig informierte er Bürgermeister Ballhaus, SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Reimann und Mark Rosendahl über die Konsequenzen, falls es bei der Ablehnung bleibe: Verlagerung der Arbeitsplätze in eine andere Stadt und damit Verlust von 32 Arbeitsplätzen: 22 bestehende und zehn weitere, die im Neubau Platz gefunden hätten.

Grund für die Meinungsänderung im Moerser Rathaus: Der Gestaltungsbeirat der Stadt ist dagegen. Der hatte sich in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 24. Januar 2011 von Karin Walter, der Architektin der AWO, informieren lassen, dann aber bedeutungsschwer und realitätsfern formuliert: „Aufgrund der besonderen, durch die unmittelbare Nähe des denkmalgeschützten ehemaligen Rathauses bestehenden Situation, kann einer baulichen Erweiterung aus städtebaulicher Sicht nicht zugestimmt werden. Die beiden vorhandenen Solitäre (Rathaus und Bürgermeisterhaus) stellen ein „Ensemble dar, das durch die beabsichtigte Baumaßnahme nur an Bedeutung und Wert verlieren kann.“ Stadt und Bauherr sollten „nach alternativen Lösungen in beiderseitigem Interesse“ suchen. Statt eines Rates des Beirates also nur eine kompromisslose Ablehnung. Ein SPD-Vertreter war nicht in der Sitzung anwesend (nur CDU, FDP, Grüne, Die Linke). Dass mit der Bezeichnung „Ensemble“ Nebelkerzen geworfen wurden, wurde erst später deutlich. Denn als Ensemble sind die beiden Gebäude nicht in der Denkmalliste eingetragen. Wie der Informationsstand des städtischen Grundstücksausschusses Ende Januar 2011 war, kann man nur vermuten. Der jedenfalls sprach sich gegen eine Baulast aus, behauptet die Stadt wider besseren Wissens. Passiert ist nur, dass die Ratsmitglieder Erich Kallmann und Dino Maas über den Sachstand informiert werden wollten und vom Beigeordneten Wolfgang Thoenes die Antwort erhielten, die Stadt werde einer Baulast nicht zustimmen. Von einem Beschluss also keine Spur.

Kurz darauf, am 3. Februar 2011, deuteten sich mögliche Motive der Ablehnung an: Die AWO solle doch bitte das alte Rathaus übernehmen. Sicher eine gute Lösung für die Stadt, die so die denkmalgeschützten Gemäuer los würde und sich keine Gedanken mehr machen müsste, wie man das Fass ohne Boden finanzieren könnte. Eine schlechte Lösung für die AWO, die sich künftig bei jeder Kleinigkeit mit dem Denkmalschutz plagen müsste. Dass der Bau ohnehin um ein Vielfaches für die AWO-Bedürfnisse zu groß ist, kommt noch hinzu.

Eine schlechte Lösung für die AWO

Am 7. Februar 2011, elf Tage nach dem Brandbrief von Bernd Scheid an Baudezernent Wusthof, kam von dem Spitzenbeamten eine Antwort, die die Gerüchte bestätigten, dass man der AWO das Gebäude andienen wollte. Und um jede Hoffnung auf einen anderen (Anbau-) Kompromiss im Keim zu ersticken, teilte Wusthoff noch mit, die Stadt sei nicht bereit, eine Baulast eintragen zu lassen. Das aber wäre für die Anbaupläne in Richtung altes Rathaus zwingend nötig.

Dann, am 8. Februar 2011, ein erneuter Brief von Bernd Scheid an Bürgermeister Ballhaus. Nochmal machte Scheid deutlich: Wenn es keine Genehmigung für den Anbau gebe, habe die AWO keine andere Wahl, als die Zentrale der AWO, die mit 32 Mitarbeitern in Rheinkamp arbeite, aufzugeben.

Am Rande bemerkt: Weil die Lage immer dringender wurde und wir nach Möglichkeit in Moers bleiben wollten, sahen wir nur noch eine Chance: der Weg in die Öffentlichkeit. Das ist natürlich immer eine zweischneidige Angelegenheit, erweckt eine solche Aktion doch den Anschein, man wolle den anderen unter Druck set-

zen. Andererseits: wir als Wohlfahrtsverband sollten unser Geld nicht zum Fenster herauszuwerfen. Und in diesem Stadium gab es zwei Ebenen der Diskussion und Information: die vertrauliche und die öffentliche. Und die vertraulichen Quellen machten uns deutlich: es geht nur noch um einen Stellungskrieg, bei dem die Verwaltung nicht als Verlierer dastehen wollte. Um sachliche Informationen und vernünftige Überlegungen und eine angemessene Gesamtbetrachtung ging es dabei wohl nie. Denn erst im Nachhinein wurde den Politikern und der Verwaltung klar (aber auch uns, um bei der Wahrheit zu bleiben), dass es mehr als um ein paar Quadratmeter Grundstück ging sondern auch um viele Steuergelder, die die Stadt Moers künftig nicht mehr bekommen wird, weil die AWO als Arbeitgeber ihren Sitz verlegt.

Aber zurück zum Februar: mitten in der närrischen Jahreszeit musste eine Entscheidung her, weil die Entscheidungsprozesse in der Stadtverwaltung doch weniger zügig abgelaufen waren, als wir uns das gewünscht hatten. Für uns war die langsame Arbeitsweise nicht so einfach. Denn mit einem Umzug sind mehr als Wunsch und Wille nötig. Immerhin müssen auch vor einer Verlegung des Arbeitsplatzes formale Bestimmungen beachtet werden, will man nicht Arbeitsprozesse und Krach mit dem Betriebsrat riskieren.

Mehr als drei Wochen nach dem Brief an Bürgermeister Ballhaus kam dann die Antwort von der Bauaufsicht. Martin Höschchen, der inzwischen in Moers das Handtuch geworfen hat, schrieb darin, dass es keine Genehmigung der Denkmalbehörde geben werde. Bei den Vorgesprächen mit dem Denkmalschutz war davon nie die Rede. Auch im Gestaltungsbeirat hat der Vertreter des Denkmalschutzes von einer Ablehnung nichts gesagt. Im Brief wird aber viel Platz darauf verwendet, der AWO das alte Rathaus schmackhaft zu

machen. Da ist von „nicht unerheblichen Investitionen“ einerseits die Rede, andererseits von einem Wertverlust, sollte die AWO eine Baulast erhalten, also dichter an das alte Rathaus kommen. Es kommt ein Hinweis auf die zuständige Kollegin, die den Verkauf arrangieren könnte. Aber wie das so ist, dann folgt sofort die Drohung mit der Peitsche: „Ich kann Ihnen abschließend nur empfehlen, Ihren Bauantrag zurückzunehmen, da er andernfalls nur versagend beschieden werden kann.“ Vor diesem Hintergrund bekommt der letzte Satz in diesem Brief den der Bürgermeister selbst unterschrieben hat, einen Ton, der nur Aggressionen wecken muss: „In der Hoffnung, dass es noch zu einer guten Lösung kommt, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Ballhaus.“

Und noch ein weiterer Versuch ...

Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Also gab es am 9. März 2011 einen erneuten Versuch, mit dem Bauordnungsamt eine Lösung zu finden, von der der Bürgermeister eine Woche vorher noch zuckersüß geträllert hatte. Jetzt heißt es knallhart, die Mitarbeiterin des Liegenschaftsamtes Frau Dietz, schließe eine Eintragung einer Baulast aus.

Vor diesem Hintergrund sahen wir kaum noch eine Chance, den Standort Moers zu halten. Denn uns war klar: Moers schert sich nicht um die AWO, die wollen nur ihre Investitionsruine Rathaus schnellstmöglich loswerden. Denn klar ist: Das alte Rathaus wird den Eigentümer viel Geld kosten, bis es heutigen Ansprüchen genügt. Von endlosen Diskussionen mit dem Denkmalschutz gar nicht zu reden.

Das war dann der Augenblick, sich für den Gang in die Öffentlichkeit zu entscheiden. Auf eine Medieninformation am 11. März 2011, die betont sachlich auf

die Lage und den drohenden Weggang nach Rheinberg aufmerksam machte, war das Echo enorm. Ob WDR oder Zeitungen und Anzeigenblätter: das Thema wurde in der Woche ab 12. März 2011 überall behandelt und damit praktisch zum Selbstläufer. Dabei machte die Stadtverwaltung Moers keine glückliche Figur. Aber auch das dürftige Engagement der Politik führt zum erheblichen Grummeln in der Parteienlandschaft, vor allem auch bei SPD-Mitgliedern.

Der Streitpunkt: Ein Streifen Land von 3,16 Meter Breite

Es vergingen wertvolle Wochen, in denen nichts entschieden werden konnte. Immerhin wurde der Unwillen in der Öffentlichkeit auch von der Verwaltung zur Kenntnis genommen und so kam es am 12. Mai 2011 zu einer Mitteilung der Stadt an die AWO, die deutlich macht, um was der Streit letztlich ging: einen Streifen Land von 3,16 Meter Breite und nicht, wie anfangs mitgeteilt, fünf Meter. Und die AWO hätte das Grundstück auch der Stadt abgekauft, falls die mit einer Baulast nicht einverstanden gewesen wäre. Es nutzte aber nichts.

Im Bau- und Grundstücksausschuss (SPD-Mitglieder hatten vorzeitig die Sitzung verlassen) wollte man sich nicht entscheiden und die übrigen Mitglieder haben beschlossen sich nicht zu entscheiden und dem Rat das letzte Wort zu geben. Der tagte aber erst am 1. Juni, also eigentlich zu spät, um den Mietvertrag für die Ersatzräume in Rheinberg zu unterschreiben. Es ging dann aber doch noch, Dank der Langmut des Eigentümers an unserem neuen Verwaltungssitz in Rheinberg. Aber das war der letzte Termin, da es auch noch andere Interessen-

ten für die Räume in Rheinberg gab. Das wurde der Stadt (Lutz Hormes) nochmal vor der Sitzung am 23. Mai 2011 mitgeteilt, als es Hinweise gab, eine Entscheidung werde abermals nicht gefällt.

Am 1. Juni 2011 ist im Stadtrat entschieden worden, dass vor einer endgültigen Genehmigung der Gestaltungsbeirat zustimmen muss. Da der Gestaltungsbeirat nicht durch positive und ausgewogene Entscheidungen bekannt ist, hätte das für die AWO eine weitere, unabsehbare Verschiebung aller Planungen bedeutet. Die nächste Sitzung war auch erst am 27. Juni 2011 vorgesehen. Das Ergebnis wäre ohnehin ein Lotteriespiel gewesen.

Verbittert und mit einem Schuss Ironie hat dann am 7. Juni 2011 Kreisgeschäftsführer Bernd Scheid der Stadt mitgeteilt:

„Von daher bleibt uns keine andere Möglichkeit, als unseren jetzigen Standort aufzugeben und das Angebot, Räumlichkeiten im Sparkassengebäude in Rheinberg anzumieten, anzunehmen. Vor diesem Hintergrund komme ich Ihrer Empfehlung (...) nach und nehme hiermit unseren Bauantrag zurück. Da dem Rat aus städtebaulicher Sicht viel an unserem Gebäude gelegen ist, darf ich Ihnen mitteilen, dass wir grundsätzlich bereit sind, Ihnen dieses Gebäude zu verkaufen.“

Nach 20 Monaten war der Umzug die letzte Option

Nach diesem Brief unternahm Lutz Hormes, inzwischen Nachfolger von Baudezernent Wusthoff, noch einen weiteren Versuch, die AWO zu halten und in der Gestaltungsbeiratssitzung doch noch etwas zu retten. Aber auch Hormes war ehrlich, er gestand, dass eine für die AWO

positive Entscheidung „nach derzeitigem Kenntnisstand nicht wirklich greifbar“ sei.

Den (vorläufig) allerletzten Schlusstrich zog Bernd Scheid dann in seiner Antwort: „Nach dem Vorlauf von 20 Monaten und dem abschließendem Beschluss des Moerser Rates, der investierten Zeit und den entstandenen nicht unerheblichen Kosten können und werden wir kein weiteres Geld für den Anbau in die Hand nehmen. Die arbeitsrechtlichen Maßnahmen zur Verlegung unserer Geschäftsstelle sind eingeleitet. Die Teilbelegschaften und der Betriebsrat sind informiert. Die Räume am Averdunkshof sind fristgerecht gekündigt. Zum Jahresende sind wir in Rheinberg. Damit werden im ersten Schritt 22 Arbeitsstellen verlagert, im 2. weitere sechs und der Ausbau auf 35 erfolgt dann in Rheinberg. Die für den Anbau von uns eingeplanten Mittel in Höhe von rund 750.000 € werden am Standort nicht ausgeben. Die Mindererinnahmen bei der Stadt Moers aus der Schlüsselzuweisung des Landes durch die Verlegung unseres Firmensitzes betragen zwischen 30.000 und 50.000 € jährlich. Ich gehe davon aus, dass der Rat seine Entscheidung in Kenntnis dieser Punkte getroffen hatte und andere, für ihn wichtigere Punkte für seine Entscheidungen ausschlaggebend waren.“

Impressum

Herausgeber:
AWO Kreisverband Wesel e.V.
Bahnhofstr. 1-3
47495 Rheinberg
Telefon (02843) 90 705-0
Internet www.awo-kv-wesel.de

Redaktion:
Achim Müntel, Bernd Scheid
Gestaltung: KLXM Crossmedia
Fotos: AWO-Archiv